



Europawahl 2024 – Wählen gehen!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

am Sonntag, 9. Juni 2024, wählen wir die Abgeordneten für das Europaparlament.

Für ein solidarisches Europa ohne Hass und Gewalt

Wofür steht Europa: für ein friedliches Miteinander, für Völkerverständigung, für eine unabhängige Justiz, für Reisefreiheit, für freie Arbeitsplatzwahl, für eine einheitliche Währung, für Verbraucher- und Umweltschutz, für politisches und wirtschaftliches Gewicht in Zeiten der Globalisierung und vieles mehr.

Rechtspopulisten und Rechtsextreme dagegen verkörpern ein nationalistisches Gedankengut, das Europa einst in Angst und Schrecken versetzt und unendliches Leid über unseren Kontinent und darüber hinaus gebracht hat.

Sie hetzen gegen Minderheiten, Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten, jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Andersdenkende und der freie Meinungsaustausch – ein Grundpfeiler unserer Demokratie – sind ihnen ein Greuel. Sie leben nicht unsere Grundwerte, sie benutzen unsere demokratischen Strukturen für ihre menschenverachtenden, von Hass geprägten Zwecke. In einigen Ländern Europas stehen bereits Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit vor ihrer Abschaffung; dort hat die Demokratie ihre Feinde gewählt.

Die Rechtsextremen in Europa würden von einer geringen Wahlbeteiligung profitieren. Wir haben nicht weniger als unsere Freiheit zu verlieren. Deshalb bit-



ten wir euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht zur Wahl. Sprecht mit euren Abgeordneten, was sich aus eurer Sicht in Europa verändern müsste. Tragt bei zu einer lebendigen, demokratischen Streitkultur, die geprägt ist von Respekt gegenüber den Andersdenkenden und der Wertschätzung eines jeden Menschen.

BITTE GEHT AM 9. JUNI WÄHLEN!

Elke Luise Nowara – im Namen des Bezirksseniorenvorstandes im Bezirk Westfalen

Ausgabe 47 | Mai 2024



DER 1. MAI IN DER REGION

■ LIPPSTADT

Am 1. Mai gibt es wieder die Kundgebung mit Familienfest auf dem Rathausplatz Lippstadt.

■ UNNA

Die Maiveranstaltung auf dem Platz der Kulturen in Unna findet ab 11:00 Uhr statt.

■ LÜNEN

Im Seepark Lünen beginnt um 11:00 Uhr die Maikundgebung des DGB-Ortsverbandes in Zusammenarbeit mit dem Kulturbüro der Stadt.

■ HAMM

Auch in Hamm gibt es Aktivitäten: es beginnt um 10:15 mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Lutherkirche, im Anschluss geht es auf um 11 Uhr dem Martin Luther Platz mit der Kundgebung weiter.

■ DORTMUND

Mit einer Demonstration um 11:00 Uhr vom Theatervorplatz zum Dortmunder Westfalenpark startet die Maiveranstaltung in Dortmund. Bei der anschließenden Kundgebung auf der Festwiese gibt es eine Talkrunde der Gewerkschaften zur „Zukunft der Arbeit“.

■ MESCHEDE

Auch in diesem Jahr lädt der DGB-Kreisverband HSK zur 1. Mai-Kundgebung nach Meschede auf den Von-Stephan-Platz ein. Die Kundgebung beginnt um 10:30 Uhr und wird um ca. 13:00 Uhr enden.

Die EU muss sich verändern

Eine der wichtigsten Aufgaben für die neuen EU-Abgeordneten ist die Reform der EU. Grundlegende Reformen seien nötig, erklärte die deutsche Staatsministerin für Europa, Anna Lührmann, in Brüssel, damit die EU auch dann noch funktioniert, wenn die Balkanländer dazu kommen und möglicherweise auch die Ukraine und die Republik Moldau.

Schon jetzt gibt es regelmäßig Schwierigkeiten, mit einer Stimme zu sprechen, bei Gipfeln wird oft nächtelang durchverhandelt. Es wird nicht funktionieren, wenn wichtige Entscheidungen wie bisher einstimmig getroffen werden müssen. Dass ein Land auf der Bremse steht und den Fortschritt aller anderen blockieren kann, soll zumindest eingeschränkt werden. Gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik kann derzeit jedes EU-Land per Veto Beschlüsse verhindern. Das schafft ein Erpressungspotenzial, das Regierungen wie die in Ungarn weidlich nutzen, um etwa bei den Russland-Sanktionen für sich Ausnahmen herauszuholen.

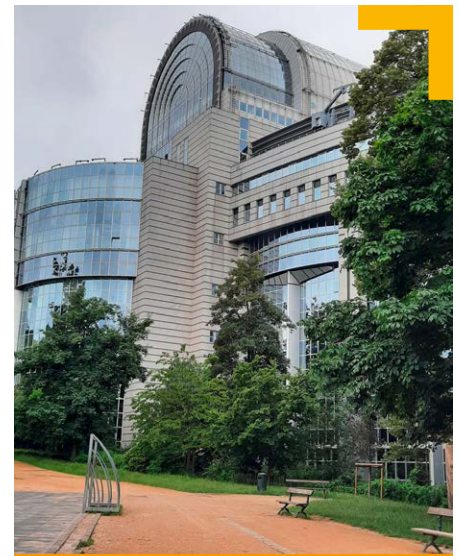
Bundeskanzler Olaf Scholz hat daher 2022 in einer Grundsatzrede zu Europa eine Erweiterung davon abhängig gemacht, dass auch in der EU-Außenpolitik mehr Entscheidungen mit sogenannter Qualifizierter Mehrheit getroffen werden können. Diese ist erreicht, wenn bei einem Votum 55 Prozent der EU-Länder, die mindestens 65 Prozent der Bevölkerung repräsentieren, mit Ja stimmen. Auch diese Formel, und damit die Möglichkeit einzelner EU-Staaten, Sperrminoritäten zu organisieren, wäre betroffen, wenn das Riesenland Ukraine beiträte – ganz zu schweigen davon,

dass viele kleine EU-Länder das Einstimmigkeitsprinzip und ihr Vetorecht aus grundlegenden Erwägungen unbedingt behalten wollen.

Im Moment gibt es acht offizielle EU-Beitrittskandidaten: die Balkanländer Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien und Nordmazedonien sowie die Ukraine und die Republik Moldau. Georgien und Kosovo gelten zudem als mögliche Kandidaten. Die Türkei steht wohl nur noch pro forma auf der Liste – die Beitrittsgespräche mit Ankara liegen seit Jahren auf Eis.

Die Erweiterung hängt nicht nur davon ab, dass die Kandidatenländer sich reformieren, damit sie irgendwann die Kriterien der EU erfüllen, was den Binnenmarkt, die demokratischen Standards, Rechtsstaatlichkeit und etwa die Korruptionsbekämpfung angeht. Das wird, wenn man auf Länder wie Serbien schaut oder auch die Ukraine, schwierig genug. Die wirklich harten politischen Fragen bei der Erweiterung betreffen die interne Organisation der EU“, sagt EU-Experte Rahman. „Da geht es um Geld, wie Macht organisiert ist, wie abgestimmt wird und wie man die Grenzen sichert.“

Im Mittelpunkt aller Überlegungen und Planungen steht ein Land: die Ukraine. Bei ihr ist die geostrategische



Europäisches Parlament in Brüssel
Foto: Georges Straßl

Ratio für die Aufnahme in die EU am offensichtlichsten. Die fünf Balkanländer haben zusammen 15 Millionen Einwohner. Die Ukraine hat mehr als 36 Millionen – Platz sechs in der Union. Sie ist mit gut 600 000 Quadratkilometern Fläche nach Russland das größte europäische Land. Zugleich ist der Reformbedarf in der Ukraine in allen Bereichen enorm.

So würden zum Beispiel sämtliche heutigen EU-Länder, die jetzt unterm Strich mehr Geld aus dem Budget der Union bekommen, als sie einzahlen – die sogenannten Nettoempfänger –, wegen der schieren Größe der Ukraine zu Nettozahlern werden. Das heißt: Anstatt selbst Milliarden Euro aus Brüssel zu bekommen, müssten sie den Wiederaufbau eines kriegszerstörten Landes mitfinanzieren, der Hunderte Milliarden kosten wird.

Georges Straßl

8. Mai – Tag der Befreiung vom Faschismus

Am 8. Mai 1945 trat die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Kraft.

In einigen europäischen Ländern wurde der 8. Mai zum Gedenktag als Tag der Befreiung vom Faschismus erklärt. In der DDR wurde er von 1950 bis 1967 als gesetzlicher Feiertag begangen. In der Bundesrepublik hingegen interpretierte man den 8. Mai über Jahrzehnte als Tag der Niederlage. Zum 40. Jahrestag endlich erklärte der damalige Bundespräsident Richard-von-Weizsäcker den 8. Mai zum „Tag der Befreiung von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ 2020 forderte Esther Bejarano dazu auf, den 8. Mai zu einem Feiertag zu erklären. Bereits im Jahr 2018 beschloss der Bundeskongress des DGB, sich für den 8. Mai als bundesweiten Feiertag einzusetzen: „Dieser Tag soll ein Tag gegen Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung jeglicher Form werden. Es soll außerdem darauf hingewirkt werden, dass an diesem Tag bundesweit Veranstaltungen zum Thema Antifaschismus durchgeführt werden.“ Diesen Beschluss gilt es immer noch umzusetzen, gerade jetzt, wo die Mächtigen Deutschland wieder einmal für einen Krieg ertüchtigen wollen.

Hanfried Brenner

Stoppt das Kliniksterben!

Bundesgesundheitsminister Prof. Dr.med. Karl Lauterbach bezeichnete seine jüngste Krankenhausreform als „Revolution für eine bessere Medizin“.

„Wir wollen ein bisschen mehr Zentralisierung, so dass die Spezialbehandlungen dort gemacht werden, wo sie am besten gemacht werden. Dann könnten die auch vom Ergebnis besser sein. Davon profitieren die Patienten“, erklärte der SPD-Politiker auf einer Pressekonferenz 2022. Lauterbachs Pläne zielen darauf ab, das gewachsene bundesdeutsche Kliniknetz in drei Versorgungsstufen einzuordnen und entsprechend zu finanzieren – von der wohnortnahen Grundversorgung über eine zweite Stufe mit weiteren Angeboten bis zu Maximalversorgern wie Unikliniken.

Ziel sei es, dass kleinere Krankenhäuser sich künftig als sogenannte Level-1-Krankenhäuser auf die Grundversorgung konzentrieren und kompliziertere Eingriffe in entsprechend ausgestatteten Krankenhäusern gebündelt werden.

Diese Lauterbach'sche Klinikreform ist der Versuch der Regierung auf der Bundesebene mit Verordnungen und Gesetzen, die desaströse Situation der landesweiten Krankenhausbewirtschaftung, die durch die Einführung von einer Fallpauschalen-bezogenen Finanzierung der Kliniken, der DRGs (Diagnosis Related Groups) entstanden war, steuerbarer zu gestalten.

Mit der Einführung dieser DRG-Regel im Jahr 2003/2004 wurden damals alle somatischen Kliniken zu knallharten finanzleistungsorientierten Wirtschaftsbetrieben umformatiert. Ein 2007 neu dafür gegründetes Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) legt den Preis für einen erbrachte Klinikleistung fest. Damit kam es zu einer Kommerzialisierung des Gesundheitswesens und einer damit verbundenen dramatischen Erhöhung der Arbeitsbelastung von Pflegekräften und Ärzten. Die Grundlage, das Krankenhausfinanzierungsgesetz besagt, dass der Bau von Kliniken und die Kosten für Großgeräte vom Staat bezahlt, und „alles Bewegliche“ über den Pflegesatz von den Krankenkassen finanziert wird.

Die im Zuge der durch die DRGs angespornte Konkurrenz der Kliniken untereinander, aber vorwiegend die Option mit den nun entstandenen Möglichkeiten Milliarden mit dem Betreiben von Krankenhäusern zu verdienen, führte zu einem „Wettrüsten“ in Gebäuden und der Anschaffung von Großgeräten, wobei die Finanzierung durch die chronisch armen Bundesländer nicht zeitnah erfolgen konnte, und die Gelder durch ein Einsparen des Personals aufgebracht werden mussten.

Die aktuelle Situation vom Klinikum Dortmund (Krankenhaus der Maximalversorgung / 25 Fachabteilungen) mit ca. 30 Mio. Euro Defizit und einem Investitionsstau von ca. 400 Mio. Euro ist in Kliniken der meisten Großstädten identisch!

Diese neue Krankenhausreform von Lauterbach wird von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) scharf kritisiert: Kurzfristigen Insolvenzen von Kliniken seien bundesweit zu bedauern. „Aufgrund des Auseinanderklaffens der galoppierenden Inflation und der dahinter zurückbleibenden Erlösentwicklung schreiben die Krankenhäuser mittlerweile Monat für Monat 740 Millionen Euro Defizit“, sagte DKG-Chef Gerald Gaß.

Die Folge: Die Insolvenzen von Krankenhäusern nehmen zu. Diese Krankenhausstrukturbereinigungen führen zu immer mehr Klinikschließungen. Seit 2020 wurden 66 Kliniken geschlossen! Alleine in NRW 20! 96 Kliniken stehen kurz vor dem Konkurs!

Das Kliniksterben in Deutschland ist ein ernstes Problem, das sowohl gesundheitspolitische als auch soziale Folgen hat. Überall wird fusioniert, verlagert oder privatisiert.

Die Folge: Zu beobachten ist eine galoppierende Verschlechterung der medizinischen Versorgung, eine Zunahme der regionalen Ungleichheit und eine Schwächung des öffentlichen Gesundheitswesens.

In NRW hat sich die Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser“ gegründet, die von ver.di unterstützt wird. Die Forderungen an die Politik zur Beendigung dieser Klinikbetriebspleiten sind vernünftig:

- Für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen / Abschaffung des DRG-Systems / Verbot, mit Gesundheitseinrichtungen Profit zu machen.
- Kliniken sollen vom Land vollfinanziert, wohnortsnah und bedarfs- und patientenorientiert, barrierefrei und selbsthilfefreundlich betrieben werden.
- Dazu gehören gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in den Kliniken! Dazu wird seit über vierzig Jahren gefordert: Mehr Personal in den Krankenhäusern! Es muss eine gesetzliche Personalbemessung für alle Berufsgruppen her, die eine gute Patientenversorgung sicherstellt!
- Stoppt das Kliniksterben!

Jochen Killing

ACHTUNG! WICHTIG!

Von den rund 10 Tsd. Seniorinnen und Senioren im ver.di Bezirk Westfalen erhalten nur wenige die Seniorenzeitung. Das wollen wir ändern. Deshalb wollen wir die Seniorenzeitung zukünftig über E-Mail versenden. Dazu brauchen wir Eure Hilfe.

Wer sich bisher noch **nicht** zurückgemeldet hat.

Möchtest du die Zeitung zukünftig per Mail:

Schick bitte deine E-Mail-Adresse an bz.westfalen@verdi.de

Möchtest du die Zeitung per Post:

Bitte Nachricht an bz.westfalen@verdi.de oder telefonisch im Bezirk melden.

Die Seniorenzeitung kann auch weiterhin auf der Senioren-Internetseite des ver.di-Bezirk-Westfalen angesehen und heruntergeladen werden.

<https://westfalen.verdi.de/frauen-und-gruppen/seniorinnen-und-senioren>

Ortsverein Dortmund

*Der Ortsseñior*innenvorstand führt am 25. April 2024 eine Exkursion zum Strukturwandel in Dortmund durch.*

- **Folgende Stationen werden angefahren und besichtigt:**
Hoesch-Museum, Technopark Phoenix, Technologiezentrum Dortmund.
Alle Stationen werden durch fachkundige Referenten begleitet und diese geben ausführliche Informationen über die einzelnen Stationen.

Ortsverein Hellweg / Hochsauerland

Der Ortsverein Hellweg/Hochsauerland ist in sieben Betreuungsgebiete aufgeteilt:

- Gebiet 1: Brilon, Marsberg, Winterberg, Medebach
- Gebiet 2: Meschede, Bestwig, Schmallenberg
- Gebiet 3: Lippstadt, Anröchte, Erwitte, Geseke
- Gebiet 4: Warstein, Rñthen, teilweise Mñhnesee
- Gebiet 5: Arnsberg, Sundern
- Gebiet 6: Soest, Bad Sassendorf, Welver, Lippetal
- Gebiet 7: Werl, Ense, Wickede, teilweise Mñhnesee

- **In den Gebieten sind Veranstaltungen zu den Themen:**
Gefahren im Alter, Medikamente im Alter, Steuerzahlungen für Rentner geplant. Für Neuseñior*innen sind in diesem Jahr noch zwei Veranstaltungen geplant, eine in Soest und eine im Hochsauerlandkreis.

Ortsverein Hamm / Unna

Zur Europawahl am 9. Juni 2024 planen wir folgende Veranstaltungen:

- **Diskussion mit dem Europa-Abgeordneten Prof. Dr. Dietmar Köster**
am 15. Mai 2024 in der ver.di-GS Hamm, Bismarckstraße 17-19 ab 15 Uhr
 - **Info-Stände auf den Wochenmärkten ab 10 Uhr**
am 24. Mai in Unna, am 1. Juni in Hamm und am 7. Juni in Kamen
- Wir würden uns sehr freuen, wenn ihr uns besucht, mit uns diskutiert und uns unterstützt.
- **Für den 13. Juni haben wir eine Info-Veranstaltung zum Thema „Muss ich als Rentner Steuern zahlen“ organisiert.** Auch hierzu seit ihr herzlich eingeladen: ver.di-GS Hamm, Bismarckstraße 17-19 ab 14 Uhr
 - **Noch einen Ausblick auf die 2. Jahreshälfte:**
vom 15. bis 18. Oktober führen wir eine 4-Tagesfahrt nach Nürnberg durch. Thema „Erinnerungskultur“ (Nürnberger Prozess u.a.).

Interessante Links!

- Unter dem Link bildungsprogramm.verdi.de kannst Du Seminare auch für Senior*innen finden.
- Unter dem Link <https://nrw.verdi.de/service/bildung/> findest Du Seminarangebote zur aktuellen Auseinandersetzung gegen Rechts.

ver.di-Seniorinnen & Senioren

- Informationen für die Geschäftsstellen Dortmund, Hamm und Meschede gibt es unter 02 31 / 53 42 00

Internetseiten

- www.senioren.verdi.de
- www.westfalen.verdi.de

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH i.S.d.P.
ver.di Westfalen
Natascha Krzywania
Königswall 36 · 44137 Dortmund

REDAKTION

Barbara Köster-Ewald,
Heinz-Jürgen Erbe, Jochen Killing,
Hanfried Brenner,
Roni u. Henni Warda,
Georges Straßl

PRODUKTION

color-offset-wälter, Dortmund
www.color-offset-waelter.de

Das aktuelle Buch: *Pericallosa – Eine deutsche Erinnerung*

Autorin: Evelyn Roll, Verlag: Droemer HC (2023), 432 S., ISBN 978-3-426-27798-0, 26 Euro (gebundene Ausgabe)

Die Autorin Evelyn Roll, Jahrgang 1952, veröffentlichte im Jahr 2023 dieses sehr persönliche Buch. Sie beschreibt die Verbindungen der Familie in den Jahren der NS sowie der deutschen Nachkriegszeit. Mich machten zuerst der Titel und dann der Inhalt neugierig. Wie geht die Autorin mit diesen Erinnerungen um? Als Nachkriegsgeborene, Jahrgang 1950, beschäftigt mich dieses Thema schon geraume Zeit. Für mich nicht erstaunlich, da ich gewisse Parallelen in meiner Kindheit bzw. Jugend in meinem Verhalten gegenüber anderen Menschen wiederfand. Evelyn Roll erläutert im Roman anhand einer Lebens- und Krankheitsgeschichte diesen Zeitraum. Sie berichtet über Lebenslügen, geschönten Erinnerungen sowie familiäre Geheimnisse. Erstaunlich, wie diese Zeit sich auch heute noch auf das Leben der Nachkriegsgenerationen auswirkt. Unterschätzt, verdrängt und beschönigt? In den 1968er Jahren fragte ich meine Eltern nach dem WARUM ihres Mitlaufens. Warum habt ihr mitgemacht? Beide versuchten die Zeit zu erklären und unterschwellig waren Reste dieser Gedankenwelt noch vorhanden. Sie wurden ziemlich verdeckt an uns Kinder weitergegeben. In der heutigen Zeit sind wieder Ansätze dieser rechten Gedankenwelt vorhanden.

Barbara Köster-Ewald